

Claus Leggewie

IEZ

Opposition
Protest
Widerstand

Kiepenheuer
& Witsch



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC-N001512

1. Auflage 2019

© 2019, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Rudolf Linn, Köln

Gesetzt aus der Freight Text und der Gotham Condensed

Satz: Dörlemann Satz, Lemförde

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN 978-3-462-05329-6

INHALT

Griff nach der Notbremse. Ein Vorwort 7

Es ist hier geschehen

Artikel 20 13 – Falsche Analogien, später Alarm 20 – Variationen zivilen Ungehorsams 32 – Mutmaßungen über X 38

Es kann überall geschehen

Russland: Rebellionslust und Revolutionsangst 55 – Tamam: türkische Opposition in der Diaspora 77 – Polen und Ungarn: Europa gegen die Autokratie 91 – Trump und das andere Amerika 117

Es muss nicht geschehen

Kontext und Kulisse 154 – Belebung im Hohen Haus? 159 – Opferschutz 163 – Wir sind mehr! 165 – Mit Rechten reden 171 – Sagen, was ist 176

Ausblick: Wie man Autokraten loswird

Hoffnungszeichen 183 – Nicht rechts, nicht links? 189 – Der Thunberg-Effekt 197

Anmerkungen 201

GRIFF NACH DER NOTBREMSE

EIN VORWORT

»Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte.
Aber vielleicht ist dem gänzlich anders.
Vielleicht sind die Revolutionen der Griff
des in diesem Zug reisenden
Menschengeschlechts nach der Notbremse.«

Walter Benjamin

Greta Thunberg hat die eindrucksvollste Bewegung des Jahres 2018 angestoßen. Millionen Menschen in der ganzen Welt wissen jetzt, dass die 16-Jährige, um die Gleichgültigkeit im Kampf gegen gefährlichen Klimawandel zu überwinden, freitags die Schule schwänzte und einen Sitzstreik vor dem Parlament in Stockholm machte. Sie forderte die Verantwortlichen auf, endlich die Notbremse zu ziehen: »Wenn ein paar Kinder es schaffen, Schlagzeilen auf der ganzen Welt zu bekommen, indem sie einfach nicht zur Schule gehen, dann stellen Sie sich mal vor, was wir alles erreichen könnten, wenn wir es wirklich wollten.«¹ Dieser individuelle Akt zivilen Ungehorsams breitete sich aus wie ein Lauffeuer. In Deutschland gingen Schüler und

Studierende über Wochen hinweg auf die Straße, Gruppen wie Extinction Rebellion, die das nicht minder gravierende Problem des Artensterbens bewegt², blockierten Straßen und Brücken. Für den September 2019 ist »Earth Strike« angesetzt, der bis dato größte Klimaprotest weltweit. Das ist naiv – im Sinne Immanuel Kants, der Naivität als »Ausbruch der der Menschheit ursprünglichen Aufrichtigkeit wider die zur anderen Natur gewordenen Verstellungs-kunst« gewürdigt hat. Damit ist man gern im Bunde.³

Aber wie soll es weitergehen? Protestbewegungen flauen ab, ihr Erfolg bemisst sich auf mittlere Sicht an *politischen* Kurswechseln. So wichtig also Korrekturen am Lebensstil sind, die Greta Thunberg konsequent vorexerziert, so unabdingbar bleibt doch eine Gesetzgebung, für die man Mehrheiten braucht. 2019 drohte die Europäische Union eine Menge Jungwähler zu verlieren, die sich über die im Europäischen Parlament beschlossene Reform des Urheberrechts geärgert hatten. Genau wie versäumter Klimaschutz beförderte auch diese zu wenig erklärte Reform die Parteidrossenheit. Doch würde ein Absentismus aus Protest genau die Kräfte stärken, die menschengemachten Klimawandel leugnen und das Internet für Propaganda und Manipulation missbrauchen.

Gretas Beispiel leitet hier kein Buch über Klimaschutz ein, es geht um Formen des Widerstands gegen autoritäre Regime und Tendenzen. Beides hängt stärker zusammen, als es auf den ersten Blick erscheint. Dass die Energiewende in Schweden nicht vorankommt, liegt an der Schwerfälligkeit

der dortigen Innenpolitik, aber vor allem daran, dass die Regierungen der Vereinigten Staaten, Russlands und Brasiliens, als Hauptverursacher von CO₂-Emissionen unverzichtbar für die Einhaltung des Pariser Abkommens, die Verringerung von CO₂-Emissionen verweigern und sich aus der multilateralen Klimapolitik verabschiedet haben. Die Rechte proklamiert Heimatschutz und setzt wider besseres Wissen die Heimat heutiger und künftiger Generationen aufs Spiel.⁴

Gretas mutige Aktion ist also auch ein Anstoß für den Widerstand gegen den »Rechtspopulismus«, genauer: den völkisch-autoritären Nationalismus, der alte und neue Demokratien in ihrem Kern angreift. Thunbergs bohrende Frage, warum wir »nichts unternommen haben, obwohl noch Zeit dazu war«, richtet sich auch an alle, die der Ausöhnlung ihrer demokratischen Rechte widerspruchs- und tatenlos zusehen. »Stellen Sie sich mal vor, was wir alles erreichen könnten, wenn wir es wirklich wollten!«

Hier wird die politische Komfortzone verlassen. Richtete sich das Interesse zuletzt auf die mehr oder weniger akademische Frage, »wie Demokratien sterben«⁵, ist es nun höchste Zeit zu verstehen, wie Autokratien zu bekämpfen und zu überwinden sind. Sie werden nicht irgendwann implodieren oder von außen zerstört – beherzte Opposition, Protest und Widerstand sind notwendig, jetzt. »S'brent! Biderlekh, s'brent! oy, unzer Shtetl brent!« An diesen Alarmruf angesichts der Pogrome vor hundert Jahren wird jetzt im Blick auf den neuen Antisemitismus verschiedenster Provenienz in Deutschland erinnert. »Brennt die Stadt oder

bereiten sich die Brandstifter erst vor? Die Brandgefahr besteht jedenfalls – doch die Feuerwehr darf nicht in die falsche Richtung geschickt werden.«⁶ Der 1933 aus Nazideutschland geflüchtete Sozialwissenschaftler Albert O. Hirschman hat ein berühmtes Theorem über »Loyalität, Abwanderung und Widerspruch« entwickelt: Normalerweise verhalten sich Menschen loyal, als Bürger zu ihren Mitbürgern und zum Staat, als Beschäftigte zu ihrem Unternehmen, als Kunden zu ihrer Marke, als Partner zu Partnern – auf dieser Vertrauensbasis funktioniert Gesellschaft. Doch gibt es Momente, wo Widerspruch notwendig wird, sofern man nicht ausweicht und die Exit-Option, d.h. die Ab- oder Auswanderung, wählt.⁷ Auf dieses so einfache wie ingeniose Konzept werde ich im Folgenden immer wieder zurückkommen und eine vierte Option – *Widerstand* – anfügen. In Zeiten reaktionärer Vergangenheitsseligkeit und blinden Zukunftsvertrauens ist Geistesgegenwart gefragt, es braucht »eine Unterbrechung, einen Riss, einen Sprung, eine Sprengung der Zeit«.⁸ Während sich Gesellschaften in Kategorien langer Dauer und Zyklen bewegen, handelt Politik im richtigen Moment (*kairós*) oder tut im Bewusstsein einer irreversiblen Vorentscheidung das Notwendige. Mit einer solchen »Politik der Präsenz« werden neue Anfänge möglich.⁹

Erste Skizzen dieses Buches entstanden 2012 nach einem Gespräch mit dem französischen Widerstandskämpfer, Diplomaten und Autor Stéphane Hessel im bis auf den letzten Platz gefüllten »Lichtburg«-Kino in Essen. In seinen Streit-

schriften »Empört Euch!« und »Engagiert euch!« hatte der damals 94-Jährige ein radikales Umdenken gefordert. Muss man, fragte auch ich mich, heute Widerstand leisten? Oder ist der Begriff »Résistance« ein Anachronismus und die Sache schon vergebens? Damals schienen der Klimawandel noch leichter aufhaltbar, die Massenflucht aus dem globalen Süden regelbar, die liberale Demokratie lebendig und ein vereintes Europa garantiert. Heute steht das alles auf dem Spiel. Auf Reisen nach Süd- und Osteuropa, an die europäische Peripherie und in die Vereinigten Staaten habe ich mir ein Bild zu machen versucht, wie sich dort Opposition, Protest und Widerstand formieren. Die autokratische Reaktion in vielen Ländern ist kein normaler Pendelausschlag auf der politischen Rechts-links-Achse, sie strebt wie im Krebsgang einen radikalen Bruch mit der liberalen Weltordnung an, die Revision aller liberalen und progressiven Errungenschaften: der Überwindung der heterosexuellen Normativität, der Gleichstellung der Frauen, der Beseitigung der weißen Suprematie und der Prinzipien multilateraler Kooperation, des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, der Abschaffung der Zensur und selbst der Unversehrtheit der Person. Die autoritäre Welle ist in der Bundesrepublik Deutschland angekommen und stellt vieles von Grund auf infrage, wofür die nach 1945 Geborenen gelebt und gekämpft haben.

Wie also kann man Widerstand leisten? Das erste Kapitel erinnert an historische Fälle von Widerstand gegen die NS- und SED-Diktaturen in Deutschland und die vielfältigen Traditionen zivilen Ungehorsams bis in die Gegenwart. Im

zweiten Kapitel vergleiche ich Formen der Opposition gegen fünf Autokratien der Gegenwart: Wladimir Putins Russland, Recep Tayyip Erdoğans Türkei, Viktor Orbáns Ungarn, Jarosław Kaczyńskis Polen und Donald Trumps Amerika und erörtere ihre Optionen und Chancen. Das dritte Kapitel befasst sich damit, wie sich entsprechende Tendenzen in Deutschland darstellen und bekämpft werden können. Gewidmet ist das Buch den Aktivisten, die 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing unter Einsatz ihres Lebens für Demokratie gekämpft haben, und den algerischen Freunden, die gerade einen der dienstältesten Autokraten der Welt losgeworden sind. Mögen wir mit ihnen das Licht am Ende des Tunnels sehen.

Gießen im Juli 2019

Für Recherchen, Ratschläge und Korrekturen danke ich Hans-Jürgen Bömelburg, Stefano Bottoni, Gábor Egry, Abdullah Erdoğa, Mischa Gabowitsch, Maciej Gduła, Masha Gessen, Ken Gude, Paweł Karolewski, Basil Kerski, Noémi Kiss, László Kontler, Ferenc Laczo, Erik Meyer, Dóra und Reka Kinga Papp, Maximilian Roth, Sigrid Ruby, Greg Sargent, Karl Schlögel, Michael Selee, Gerhard Seufert, Scott Shuchart, Michał Sutowski, Kristóf Szombati, Csaba Tóth, Balázs Trencsényi, Yunus Ulusoy, Michael Werz. Alle Fehler gehen auf mein Konto. Dank geht auch an meinen Lektor Helge Malchow und die Universität Gießen, die mir ausgezeichnete Forschungsmöglichkeiten bietet.

ES IST HIER GESCHEHEN

»Mir fällt zu Hitler nichts ein.«

Karl Kraus (1933)

Artikel 20

Der 30. Mai 1968 war ein aufregender Tag: Im Bundestag wurde dem deutschen Volk das Recht auf Widerstand gewährt. Der neu in Artikel 20 GG eingefügte Absatz 4 soll die freiheitlich-demokratische Grundordnung schützen: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Der Absatz war im Rahmen der am selben Tag beschlossenen Notstandsgesetze in die Verfassung aufgenommen worden. Konservative hielten den Zusatz für überflüssig oder tendenziell gefährlich, Linke sahen darin nur eine Augenwischerei angesichts der Vorkehrungen für den »inneren Notstand«, da die Bundeswehr im Notfall von nun an auch gegen bewaffnete Aufständische eingesetzt werden konnte. Schon zwei Wochen zuvor hatten Zehntausende auf einem Sternmarsch in die damalige Bundeshauptstadt Bonn gegen die Notstandsverfassung protestiert, in der nicht wenige die

Gefahr eines neuen Faschismus erblickten.¹ Für die APO, in dieser Angelegenheit ein echtes Bündnis aus Studenten und Gewerkschaften, zielte Artikel 20 auf ebenjene, die *wirklich* Widerstand leisteten. Ulrike Meinhof drückte es besonders prägnant aus: »Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. Protest ist, wenn ich sage, ich mache nicht mehr mit. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß alle andern auch nicht mehr mitmachen.«² Inspiriert war sie durch ein Teach-in mit radikalen Black Panthers in Westberlin. Wenig später ging die Journalistin in den selbst erklärten Widerstand der RAF, bei dem »natürlich geschossen« (Meinhof) werden durfte.

Dass die »BRD« auf einen neuen Faschismus zusteuerte, war eine krasse Fehldeutung. Die Zeit um 1968 entpuppte sich eher als Aufbruch aus der autoritären Republik in eine Fundamentalliberalisierung, wie Jürgen Habermas das Erreichte später resümierte. Gegen die Notstandsgesetze zu opponieren, war im Blick auf das eilige Durchpauken des Pakets im Bundestag durch die Große Koalition durchaus nachvollziehbar, ebenso gute Gründe gab es für den parallelen Protest gegen den Vietnamkrieg, der nicht zuletzt von US-Militärbasen in Deutschland geführt wurde. Und ja, es gab Zustände im deutschen Alltag und institutionelle Missstände, die den Ruf nach einer »großen Weigerung« (Herbert Marcuse) plausibel machten. Doch für militanten Widerstand gegen die durchaus reformbereite Große Koali-

tion unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) bestand kein Anlass.

Heute kommt die pathetische Resistance-Rhetorik von den Rechtsradikalen, die »1968 ausknipsen« (Marion Maréchal) und die »rot-grün versifte Republik« (Jörg Meuthen) stürzen wollen. Sie maßen sich an, gegen die »Umwolkung«, den angeblichen Verrat am deutschen Volk durch unkontrollierten Zustrom von Migranten, den Widerstand auszurufen. Der primitive Wutausbruch »Merkel muss weg!« ist die Übersetzung des Schlachtrufs der Trump-Follower gegen Hillary Clinton: »Lock her up!« (Sperrt sie ein!) Ganz rechts findet eine seltsame Mimikry statt: Mit 68er-Methoden gegen Errungenschaften von 68. 2016 berief sich ein Konvent des identitären Instituts für Staatspolitik auf ebenjenes in Artikel 20 Absatz 4 gewährte Widerstandsrecht, um die demokratisch gewählte Regierung aus dem Amt zu jagen.³ In diesem Geiste unterzeichneten auch Zigtausende die in den sozialen Medien verbreitete »Gemeinsame Erklärung 2018«: »Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird«.⁴ Friedliche Restauration? Bei solchen Demos wird auch mal ein (natürlich immer nur symbolisch gemeinter) Galgen mitgeschleppt. Die ehrenwerten Bürger, die sich hinter den Initiatoren Vera Lengsfeld, Henryk M. Broder, Uwe Tellkamp, Thilo Sarrazin und

Matthias Matussek versammelten, ließen an ihren bereitwillig mitgelieferten Berufsbezeichnungen erkennen, dass Widerstandslust nicht von ganz unten kommt, sondern im Mittelstand wurzelt. Selbstverständlich ist es jedem unbenommen, gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu demonstrieren, doch es ist hanebüchen, dafür ein Widerstandsrecht in Anspruch zu nehmen, weil hier keine Regierung geltendes Recht gebrochen oder gar gegen das Naturrecht verstößen hat.⁵

Der im Folgenden behandelte Widerstand richtet sich umgekehrt *gegen* solche völkisch-autoritären Bewegungen, Parteien und Regime, die liberale Demokratien rund um den Globus herausfordern. Während »#Resist!« eine gängige Lösung der demokratischen Opposition gegen Präsident Donald Trump geworden ist, klingt der Begriff in deutschen Ohren pathosverdächtig nach dem historischen Widerstand gegen die Diktatur der Nationalsozialisten. Subjektiv befinden sich freilich Demonstranten gegen die Abholzung des Hambacher Forstes ebenso im Modus eines existenziellen Widerstands gegen den weiteren Abbau von Braunkohle wie der Schwarze Block gegen den G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017. Offenbar muss man den schillernden Begriff genauer ausloten, ihn historisch erden und seine heutigen Kontexte sortieren.

Wer an Leib und Leben Schaden zu nehmen droht, darf sich wehren – an dem Gemeinplatz wird niemand zweifeln, aber lässt sich das auf eine Obrigkeit, eine demokratisch gewählte Regierung, übertragen? Wenn Tyrannie droht, ja,